

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 20. November 2014

im gr. Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

| | |
|------------------------------|--|
| Anwesend: | Oberbürgermeister Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Wilke |
| Stadträtinnen und Stadträte: | Berg, Böhringer, Claassen, Cyperrek, Denzer, Di Prima, Escher, Glattacker, Gula, Herzog, Höfler, Jaenisch, Kiefer, Krämer, Krauel, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Perinelli, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach, Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek |
| Entschuldigt: | Bernnat, Heuer |
| Ferner: | Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Personalratsvorsitzende Sambale-Lebus Fachbereichsleiterin Staub-Abt Leiterin des Büros des Vorstands Williams Fachbereichsleiter Bühler Fachbereichsleiter Frick Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Krieger (bis 18.15 Uhr) Eigenbetriebsleiter Langela Fachbereichsleiter Nef (bis 19.10 Uhr) Fachbereichsleiter Schwenzer (bis 19.10 Uhr) Fachbereichsleiter Wipf (bis 18.55 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Hain Frau Arndt, Sportkoordinatorin (bis 18.55 Uhr) |
| Urkundspersonen: | Stadträte Escher und Schlecht |
| Schriftführung: | Herr Ockenfuß und Frau Heinze |
| Beginn: | 17.30 Uhr |
| Ende: | 20.35 Uhr |

TOP 1

Einbringung Haushalt 2015

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Einbringung des Haushalts 2015. Er legt dar, dass man angesichts der finanziellen Lage keine Freudentränen verliere. Zwar konnte man Rekorderlöse erzielen, die vor allem durch den gestiegenen Anteil der Stadt Lörrach an der Einkommensteuer bedingt seien, jedoch steige die FAG-Umlage sowie voraussichtlich auch die Kreisumlage künftig an. Durch die Abwanderung des Unternehmens GABA habe die Stadt nicht nur wichtige Gewerbesteuererträge sondern auch Arbeitsplätze verloren. Im Haushaltsjahr 2015 sei ein veranschlagtes ordentliches Ergebnis im Ergebnishaushalt von – 140.000,00 Euro zu erwarten. Man müsse Kredite in Höhe von 2.000.000,00 Euro zur Finanzierung der Investitionen aufnehmen. Haushaltspolitisch wolle man sich vornehmlich auf Projekte konzentrieren, die bereits begonnen, aber noch nicht abgeschlossen seien. Wichtige Vorhaben im Jahr 2015 seien unter anderem der Kauf des Gebäudes auf dem Bonifatius – Areal, der Kauf des Grundstücks Stadtmission, die Mehrzweckhalle in Tumringen sowie der Neubau der Sporthalle in Brombach. Für weitere Projekte bestünden nur geringe Spielräume. Im Bereich der Kindergärten werde man künftig mit erhöhten Personalkosten rechnen müssen. Die Kosten gerade in diesem Bereich seien dauerhafte Kosten, die allerdings sehr lohnenswert seien. Die Kostendeckungsgrade der Einrichtungen für die Kinderbetreuung lägen bei 16 bis 18 Prozent. Hier könne man sich noch verbessern. Generell sei der Haushalt von Personalkosten geprägt. Beispielsweise seien im Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement 2,5 Stellen neu geschaffen worden. Bezüglich der Neugestaltung des Hebelparks müsse man nochmals in den Gremien diskutieren. Zwar stünden bisher noch keine Mittel für ein etwaiges Vorhaben bereit, allerdings befinde sich der Park wirklich in keinem guten Zustand. Gespannt sei man auf die Ergebnisse der Steuerschätzung, die noch in diesem Monat veröffentlicht werden. Gesamtwirtschaftlich werde sich die Lage in den kommenden zwei Jahren nicht bessern. Ein großes Thema bleibe indes die Entwicklung der Schullandschaft in Lörrach. Auch mit hohen Ausgaben in sozialen Bereichen müsse man weiter rechnen. Für die Sanierung des Rathauses benötige man schätzungsweise acht bis zwölf Millionen Euro benötigen. Welche haushaltspolitische Richtung der Gemeinderat einschlagen wolle, solle auf der Klausurtagung Anfang kommenden Jahres beraten werden. Auch in den Haushaltsplanberatungen im Dezember werde man erste Schwerpunkte setzen. Er freue sich auf diese Beratungen.

TOP 2

Asylbewerberunterbringung

- Bericht von Frau Zimmermann-Fiscella, Landratsamt Lörrach, und Herrn Geiger, Flüchtlingssozialdienst der Diakonie

Der Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und führt aus, dass die ersten Flüchtlinge die Unterbringung in der Gretherstraße bezogen hätten. Bisher sei alles gut verlaufen. Die Unterbringung biete Platz für 100 Flüchtlinge. Er begrüßt die Herren Lassman, und Vollbrecht vom Landratsamt Lörrach sowie Herrn Geiger vom diakonischen

Werk, die dem Gemeinderat zu der Situation der Flüchtlinge im Landkreis aber auch in der Stadt Lörrach berichten wollen.

Herr Vollbrecht führt aus, dass das Land Baden-Württemberg insgesamt 12,93 Prozent der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge aufnehmen. Diese Zahl ergebe sich aus der Berücksichtigung der Steuerkraft und der Einwohnerzahl des Landes. So erwarte man in Baden-Württemberg in diesem Jahr rund 26.000 Flüchtlinge vornehmlich aus dem nahen und mittleren Osten und aus Afrika. Die Flüchtlinge würden nach Ankunft in Baden-Württemberg zunächst in den Landeserstaufnahmeunterbringungen in Karlsruhe und Messstetten unterkommen. Dort würden sie sich zwei bis sechs Wochen aufhalten. Anschließend würden die Flüchtlinge im Rahmen der Erstunterbringung den Landkreisen zugewiesen werden. Gemäß einem weiteren Verteilungsschlüssel würden hierbei 2,21 Prozent der Flüchtlinge im Landkreis Lörrach aufgenommen werden. Im Rahmen der vorläufigen Unterbringung seien im Landkreis Lörrach Unterbringungen in Rheinfeld, Schönau, Todtnau, Wieden und in Lörrach geschaffen worden. Die Unterbringung in Rheinfeld sei überfüllt. Seit September seien im Landkreis auch Turnhallen für die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen. Bis zum Sommer 2016 werde die Wohnbaugesellschaft in der Gretherstraße in Lörrach dem Landkreis 32 Wohnungen für insgesamt rund 100 Personen zur Verfügung stellen. Frau Ulrike Krämer werde die Leitung der Unterbringung übernehmen. Ab Mitte Januar würden Sprachkurse für die Flüchtlinge angeboten werden. Integrationskurse seien vorerst nicht vorgesehen. In Efringen-Kirchen sollen insgesamt 180 Flüchtlinge untergebracht werden. Hier seien auch Container-Lösungen vorgesehen. Diese Lösungen seien aber nur temporär angedacht. Die Dauer der vorläufigen Unterbringung betrage maximal 24 Monate. Die Flüchtlinge könnten sich auch selbst Wohnungen suchen, jedoch bestehe im Landkreis nicht nur Not an Wohnraum, sondern es gebe auch große Vorbehalte gegenüber Asylbewerbern von Seiten der einheimischen Bevölkerung. Auch im Rahmen der Anschlussunterbringung müssten die Gemeinden für Wohnraum für die Flüchtlinge sorgen. Die Diakonie, die Caritas sowie der Arbeitskreis Miteinander seien in der Sozialbetreuung tätig.

Herr Geiger erklärt, dass er als Sozialarbeiter in der Unterkunft in der Gretherstraße tätig sei. In der Unterkunft befänden sich momentan unter anderem eine siebenköpfige Familie aus Serbien sowie eine Gruppe von zehn alleinstehenden Männern aus Gambia. Hervorzuheben sei, dass die Einrichtung auf eine große Anzahl ehrenamtlich engagierter Helfer zurückgreifen könne. So seien der Arbeitskreis Miteinander und der Freundeskreis Asyl Lörrach stark in die Arbeit der Unterkunft eingebunden. Die Kinder seien in den Lörracher Kindergärten und Schulen angemeldet worden. Auch die Lörracher Vereine würden mit in die Integrationsbemühungen einbezogen. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Lörrach gestalte sich sehr gut. Man stehe in engem Kontakt mit den Fachbereichen Jugend/Schule/Sport und Bürgerdienste sowie den jeweiligen Fachbereichsleitern Herrn Wipf und Herrn Krieger. Auch mit der zuständigen Mitarbeiterin für den Schulbereich, Frau Oswald, arbeite man sehr gut zusammen.

Der Vorsitzende fragt, wie es nun mit der Unterkunft in Lörrach weitergehen solle.

Herr Lassmann antwortet und führt aus, dass die Unterkunft in der Gretherstraße von rund 100 Personen belegt werden solle. In einer weiteren Unterkunft sollen dann rund 200 Personen untergebracht werden. Dies sei eine für die Verantwortlichen optimale Lösung.

Stadträtin Höfler bedankt sich für den Bericht und sagt, dass sie sich über weitere Informationen und Sachstandberichte freuen würde. Sie merkt an, dass auch Pfarrer Becker von der katholischen Kirche gerne in die Arbeit miteinbezogen werden wolle.

Stadtrat Schlecht schließt sich dem Dank an und hebt hervor, dass der Bericht deutlich mache, dass die Aufnahme der Flüchtlinge eine Herausforderung für alle Beteiligten darstelle. Wichtig sei die Sprachförderung. Für Lörrach stelle sich nun die Frage, wo und in welcher Bauweise die zweite Unterkunft errichtet werden könne. Ein Neubau einer Unterkunft würde voraussichtlich ein bis zwei Jahre Bauzeit in Anspruch nehmen. Durch den Druck der großen Zahl ankommender Flüchtlinge benötige man eine schnelle Lösung. Eine Container-Lösung halte er für möglich. Er finde die Container seien nicht verwerflich. Das Land Baden-Württemberg stelle den Kommunen in einem Sonderbauprogramm 30 Millionen Euro zur Verfügung. Er wolle wissen, ob die Stadt Lörrach an diesem Programm partizipieren könne. Er freue sich über die große Zahl ehrenamtlicher Helfer.

Stadtrat Claassen bedankt sich ebenfalls für den Bericht. Man müsse nun Verantwortung übernehmen. Die Zahl von 300 Personen sei in Ordnung für die Stadt Lörrach. Für in sei der Bau einer Unterbringung, die auch nachträglich anderweitig genutzt werden könne, wichtig. Es sei sehr lobenswert, dass der Freundeskreis Asyl Lörrach und der Arbeitskreis Miteinander sich so engagieren. Die Menschen, die in Lörrach bleiben würden, seien eine große Chance für die Stadt. Er äußert jedoch bedenken hinsichtlich der zentralen Unterbringung von 200 Personen.

Stadträtin Kurfeß bedankt sich zunächst für die Berichte und gibt dann an, dass die Zahl von 300 Flüchtlingen für Lörrach geeignet sei. Man müsse die Menschen nun in die Gemeinschaft integrieren. Die Integration müsse in den ersten zwei Jahren erfolgen. Die Gestalt der Bevölkerung werde sich indes verändern und vielfältiger werden. Sie wolle sich bei den vielen ehrenamtlichen Helfern bedanken.

Der Vorsitzende erklärt, dass man sich mit dem Landratsamt auf einen festen Baukörper verständigt habe. Ziel der Stadt sei somit die Errichtung einer Unterkunft für 200 Personen.

Herr Lassmann betont nochmals, dass die zentrale Unterbringung von weiteren 200 Personen eine optimale Lösung sei.

Herr Vollbrecht wirft ein, dass die zentrale Unterbringung rein organisatorisch immer besser sei. Ein Neubau hätte den Vorteil, dass man viele kleine Zimmer schaffen könnte, die dann einzelnen Personen als Rückzugsorte dienen. Dies würde zum Abbau von Spannungen beitragen.

Stadtrat Claassen tut kund, dass man hinsichtlich der Schaffung der Unterbringung noch eine offene Diskussion führen müsse. Man dürfe sich hier noch nicht festlegen. Er finde es sinnvoll darüber zu diskutieren, ob man ein oder zwei Bauten schaffen wolle.

Stadtrat Perinelli möchte wissen, warum die Flüchtlinge sich keine Arbeit suchen dürfen.

Herr Vollbrecht erklärt, dass für Flüchtlinge in den ersten drei Monate eine Arbeitsaufnahme verboten sei. Danach hätten Flüchtlinge nur nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Gesetzeslage schreibe zudem vor, dass eine Arbeitserlaubnis nur erteilt werden könne, wenn die Identität eines Antragsstellers vollständig geklärt sei. Dies treffe jedoch nur bei rund 10 Prozent aller Flüchtlinge zu. Die Flüchtlinge können dadurch nicht zur Bewältigung des Fachkräftemangels beitragen.

Stadtrat Lusche bemerkt, hinsichtlich der Situation in Lörrach optimistisch zu sein. Die weitere Diskussion müsse offen und transparent geführt werden.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung Anfang des kommenden Jahres den Rat und die Bürger der Stadt über die möglichen Grundstücke für einen Neubau informieren wolle. Die Diskussion wolle er offen führen. Es sei wichtig, eine Gemeinschaftsunterkunft zu errichten, da man ansonsten im Rahmen der Anschlussunterbringung verpflichtet werden könne und so Wohnraum für jährlich 50 Personen zur Verfügung stellen müsse.

Bürgermeister Dr. Wilke verweist auf die Beratungen im Ausschuss für Umwelt und Technik und sagt, dass man aus zunächst 27 Grundstücken zunächst zehn und aus diesen zehn dann drei weitere Grundstücke herausgefiltert habe, die nun als mögliche Optionen im Weiteren einer genaueren Betrachtung unterliegen.

Stadtrat Escher bedankt sich für die Berichte. Er erhoffe sich ebenso eine offene Diskussion, in die auch die Öffentlichkeit miteinbezogen werde. Die Lörracher Vereine seien gewillt zu helfen.

Der Vorsitzende bedankt sich nochmals bei den Herren Lassmann, Vollbrecht und Geiger.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 3

Kinder- und Jugendsportförderung der Stadt Lörrach Erfahrungsbericht und Antrag der IGTS auf Zuschusserhöhung Vorlage: 152/2014

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und verweist auf die Vorberatung im Hauptausschuss.

Stadtrat Escher begrüßt das Anliegen der Beschlussvorlage sowie die Grund- und Spartenförderung, die den Vereinen Verlässlichkeit und Sicherheit gebe. In diesem Zusammenhang lobt er die Arbeit und Planung des IGTS-Vorstands in den vergangenen Jahren.

Von Stadtrat Schlecht wird hervorgehoben, dass für den Sport in den letzten Jahren viel getan wurde. Er stimmt in Namen der SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zu und freut sich, dass mit der Förderung des Seniorensports nun auch ältere Bürger einbezogen werden. Er bedankt sich bei der IGTS, allen Sportvereinen sowie dem Fachbereich Jugend/ Schulen/Sport für die geleistete Arbeit.

Stadtrat Claassen lobt an dieser Stelle das Engagement von Stadtrat Escher für die Vereine. Zudem begrüßt er die Erhöhung des Förderbeitrags, beantragt jedoch die Spartenförderung zunächst lediglich für ein Jahr festzuschreiben. Nach einem Jahresbericht könne man dann weiter entscheiden, da insbesondere qualitative Projekte gefördert werden sollen. Er schließt sich dem Lob für die Arbeit des Fachbereichs Jugend/Schulen/Sport, insbesondere der Sportkoordinatorin Julia Arndt, an. Des Weiteren geht er auf die Internetseite der Sportstadt ein und appelliert an die Vereine, deren Daten aktuell zu halten.

Stadträtin Martin schließt sich für die Grünen-Fraktion der Zustimmung an. Sie bittet auch die übrige Bevölkerung anzusprechen und zu motivieren, die nicht in Vereinen aktiv sei. Sie bedauert, dass Lörrach keinen Seniorenbeirat, wie bspw. die Stadt Rheinfelden, habe.

Stadtrat Perinelli erklärt, dass er angesichts der Haushaltssituation gegen eine Förderung des Erwachsenen- und Seniorensports sei.

Stadtrat Escher hinterfragt die Seniorenförderung, da seiner Auffassung nach die Vorlage nur auf die Kinder- und Jugendförderung bezogen sei.

Fachbereichsleiter Wipf erklärt, dass in den vergangenen Jahren die Fördermittel nicht ganz ausgeschöpft wurden. Daher werde vorgeschlagen, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel Projekte des Gesundheits- und Seniorensports zu fördern.

Der Vorsitzende stellt dar, dass diesbezüglich die Beschlussziffer 2 ergänzt werde. Er hält das Festhalten an dem Zeitraum von fünf Jahren für sinnvoll, damit sich die Sportförderung entwickeln könne und Sicherheit für die Vereine bestehe.

Stadtrat Claassen zieht seinen Antrag hierauf zurück.

Sodann fasst der Gemeinderat mehrheitlich bei 1 Gegenstimme folgenden Beschluss:

1. Vom Erfahrungsbericht wird Kenntnis genommen.

2. Der Gemeinderat stimmt einer Erweiterung der Fördertatbestände um die Themen Gesundheits- und Seniorensport **im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel** zu.
3. Der von der IGTS beantragten Erhöhung des Grundförderbeitrags auf 80 000 € unter Beibehaltung der Spartenförderung in Höhe von 26 600 € wird zugestimmt.

TOP 4

Anpassung der städtischen Unterstützung der Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen an die neuen Förderrichtlinien des Landes

Vorlage: 179/2014

Der Vorsitzende verweist auf die Vorberatung der Beschlussvorlage im Hauptausschuss.

Alle Fraktionen erklären ihre Zustimmung.

Stadträtin Jaenisch weist drauf hin, dass die Stadt ihre Förderung freiwillig erhöhe. Besonders freut sie sich über die Verkleinerung der Gruppengröße. Sie erkundigt sich, ob alle Migrationsschichten erreicht würden, ob das Angebot auch von den Eltern in Anspruch genommen werde und es Rückmeldungen zur Nachhaltigkeit gebe. Sie schlägt vor, Restmittel für Ausflüge der Gruppen zu verwenden.

Von Stadträtin Krauel wird auf die Bedeutung der Sprachentwicklung hingewiesen. Sie begrüßt ebenfalls die verkleinerten Fördergruppen.

Stadträtin Herzog pflichtet bei, dass die Sprachförderung bedeutsam für die Integration sei.

Von Stadträtin Kurfeß wird dargestellt, dass sie schon lange für die Sprachförderung gekämpft habe. Sie freut sich über die jetzige Situation. Sie merkt an, dass sich mit den kleineren Gruppen auch die Landesförderung erhöhe und Sprachförderung bereits im frühkindlichen Bereich beginnen sollte. Sie verweist auf ein Förderprogramm von Bund und EU.

Fachbereich Wipf bedankt sich für die Empfehlung. Auf die Frage von Stadträtin Jaenisch antwortend erklärt er, dass man prüfen müsse, wie sich die Nachhaltigkeit der Sprachförderung eruieren lasse.

Der Vorsitzende erklärt abschließend, dass die Sprachförderung Positives bewirke und man hierauf vertraue.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt folgender finanziellen Unterstützung der Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen zu:

- Zur Qualitätssicherung und finanziellen Absicherung werden pro Fördergruppe pauschal 800 € als Zuschuss bereitgestellt.
- Bei Gruppen mit Einbindung der Erziehungsberechtigten wird eine Zuwendung in Höhe von pauschal 250 € gewährt.
- Die Verwaltung wird ermächtigt, besondere Projekte der Einrichtungen zur Sprachförderung bis zu 1.000 € im Einzelfall zu bezuschussen, sofern Mittel zur Verfügung stehen.
- Der Gesamtförderbetrag wird auf 58 000 € jährlich gedeckelt.

TOP 5

Förderung der energetischen Sanierung von Vereinsheimen in Lörrach im Rahmen der Richtlinien über die Gewährung von freiwilligen Zuschüssen Vorlage: 199/2014

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein und gibt dann an, dass die Schwelle der Förderfähigkeit von energetischen Maßnahmen von 5.000,00 Euro auf 3.000,00 Euro abgesenkt werde. Die rückwirkende Förderung von bereits abgeschlossenen Projekten sei nicht möglich.

Stadtrat Kiefer dankt SPD-Altstadträtin Hirt für ihren Antrag und signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU.

Stadträtin Cyperrek schließt sich ihrem Vorredner an und sagt, dass die Senkung der Schwelle der Förderfähigkeit von energetischen Maßnahmen von 5.000,00 Euro auf 3.000,00 Euro richtig sei. Die Angelegenheit der Antragstellung der Naturfreunde Lörrachvauf eine Förderung solle nochmals überprüft werden.

Stadtrat Denzer gibt an, dass die Richtlinie § 26 Absatz 2 der Energieeinsparverordnung in den Beschluss mitaufgenommen hätte werden müssen.

Stadträtin Salach bedankt sich für die Vorlage.

Der Vorsitzende erklärt, dass man die Formulierung, welche eine Bestätigung über die fachgerechte Planung und Durchführung gemäß der Energieeinsparverordnung erforderlich mache, in den Beschlussvorschlag aufnehmen wolle.

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt einer Erweiterung der Richtlinien über die Gewährung von freiwilligen Zuschüssen um die Förderung der energetischen Sanierung von Vereinsheimen in Lörrach grundsätzlich zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage beschriebenen Fördertatbestände in die Richtlinien gemäß den bestehenden allgemeinen Vorgaben für Antragstellung, Voraussetzungen, Bewilligung oder Verwendungsnachweis einzuarbeiten.

TOP 6

Zweiter Zwischenbericht Projekt Stromsparcheck

Vorlage: 198/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und begrüßt dann Herrn Zacheus-Hufeisen vom Sozialen Arbeitskreis Lörrach.

Stadtrat Vogelpohl signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU zu der Vorlage. Es ergebe sich eine Win-Win-Situation. Die Einkommensschwachen Familien können Strom sparen und gleichzeitig betätige man sich für den Klimaschutz.

Stadtrat Simon signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD. Es gebe nur Gewinner. So profitieren Stromsparer, es bleiben Arbeitsplätze erhalten und man helfe mit beim Klimaschutz. Die Aktion müsse auch in 2016 garantiert sein.

Stadtrat Pichlhöfer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler. Die Maßnahme Stromsparcheck sei ein Baustein auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune. Er wolle wissen, ob der Kreis der förderfähigen Personen auch auf Rentner ausgeweitet werde.

Stadtrat Wernthaler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Er sagt, dass es in Lörrach 3.000 Wohngeldempfänger und 1.500 Arbeitslosengeld-II-Empfänger gebe, die alle von der Maßnahme Stromsparcheck profitieren könnten. Er dankt allen Beteiligten, insbesondere der Firma badenova, welche die Personalkosten für die Stromsparhelfer übernommen habe. Man müsse für kommende Förderperioden frühzeitig nach weiteren Partnerunternehmen Ausschau halten.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass der Kreis förderfähiger Personen von Leistungsempfängern nach dem Sozialgesetzbuch II und Wohngeldempfängern auch auf Seniorinnen und Senioren ausgeweitet wurde. Auch Empfänger von Leistungen nach § 26 Bundeskindergeldgesetz fallen in den Kreis förderfähiger Personen. Die Firma badenova habe zwar für das Jahr 2015 ein Sparprogramm angekündigt, wolle aber dennoch ein weiteres Jahr als Projektpartner beteiligt sein. Auch der Regio Verkehrsverbund Lörrach (RVL) sei im Jahr 2015 wieder Partnerunternehmen. Die RVL stelle den vier Stromsparhelfern ein Jahr lang Fahrkarten zur Verfügung. Das Bundesprogramm Stromsparhelfer laufe im Jahr 2016 aus, dann müsse man entscheiden, wie es weitergeht.

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der zweite Zwischenbericht zum Stromsparcheck wird zur Kenntnis genommen.
2. Bereits 2013 hat der Gemeinderat den € 10.000 für das Jahr 2015 zugestimmt. Vorbehaltlich der Haushaltsberatungen für 2015 wird beschlossen das Projekt mit weiteren 8.000€ zu unterstützen, davon

- a) 5.000 Euro für die Ausweitung auf den Austausch von Kühlschranksystemen in einkommensschwachen Haushalten
- b) 3.000 Euro: Ausweitung auf weitere Nutzergruppen / Werbematerial

TOP 7

Mitgliedschaft der Stadt Lörrach bei "ICLEI - Local Governments for Sustainability" Vorlage: 196/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Vorlage ein.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erklärt, dass man mit einer Mitgliedschaft in dem Verein eine gute nationale wie auch internationale Beratung hinsichtlich der Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit erhalten könne. Auch der kommunale Austausch im Rahmen einer Mitgliedschaft sei von großer Bedeutung. Die Wege zur Beratung im Europabüro in Freiburg seien kurz. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von 600,00 Euro sei vollkommen angemessen.

Stadtrat Glattacker gibt an, dass er der Mitgliedschaft skeptisch gegenübersteht. Er wolle wissen, ob der Nutzen im Verhältnis zu den Kosten stehe. Er wolle sehen, ob die Mitgliedschaft lohnt.

Stadtrat Simon signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD.

Stadtrat Lindemer sagt, dass er einer Mitgliedschaft zunächst skeptisch gegenübergestanden sei, nach der Beschaffung weiterer Informationen aber glaubt, dass eine Mitgliedschaft wichtig und sinnvoll ist. Die Fraktion der Freien Wähler wolle der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Wiesiollek sagt, dass sie sehr viele Vorteile für die Stadt Lörrach in einer Mitgliedschaft sehe und die Fraktion der Grünen der Vorlage zustimmen wolle. Gerade das Thema Nachhaltigkeit sei sehr wichtig.

Der Vorsitzende verspricht, dass man nach einem Jahr über den Verlauf der Mitgliedschaft bei ICLEI berichten wolle.

Stadtrat Pichlhöfer beantragt, dass die Verwaltung darlegt, welche Mitgliedschaften momentan bestehen und worin der Nutzen in diesen Mitgliedschaften liegt.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich, bei einer Gegenstimme, den folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Lörrach tritt dem Weltstädteverband „ICLEI – Local Governments for Sustainability“ bei.

2. Im Haushalt ist jährlich der Betrag von 600 € bereit zu stellen.

TOP 8

Antrag der CDU Stadtratsfraktion und der Freie Wähler Stadtratsfraktion bezüglich Änderung auf Tempo 50 u.a. in der Wallbrunnstraße

Vorlagen: 177/2014, 211/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Vorlage ein. Es habe hinsichtlich der Thematik bereits hitzige Diskussionen gegeben, was nun bei der Beschlussfassung berücksichtigt werden solle. Der Lärmaktionsplan werde Anfang bis Mitte 2015 verabschiedet. Hierbei gebe es neben der Wallbrunnstraße noch weitere Lärmschwerpunkte. Es gebe verschiedene Meinungen hinsichtlich der Geschwindigkeitsvorgaben Tempo-30 und Tempo-50. Die Diskussion müsse versachlicht werden. Der Kompromissvorschlag der momentanen Beschlussfassung resultiere aus den emotionalen Diskussionen um die Wallbrunnstraße. Die Wallbrunnstraße an sich müsse jedoch in den Gesamtkontext der Lärmaktionsplanung eingeordnet werden. Es gebe noch weitere Straßen, bei denen Handlungsbedarf bestehe. Diese Regelungen würden vom Land vorgegeben. Dies geschehe auch andernorts im Land. Eine Diskussion helfe hier auch nicht mehr weiter. Temporär habe man einen Kompromiss finden können. Abschließend sei diese Lösung aber nicht.

Stadtrat Escher führt aus, dass die Verwaltung rechtlich falsch liege. Die Wallbrunnstraße sei ohnehin nie ein Unfallschwerpunkt gewesen. Es gebe einen breiten Gehweg. Ein flüssiger Radverkehr sei durch einen Schutzstreifen gewährleistet. Es gebe zudem eine Querungsanlage der sichersten Art. Auch eine Ampelanlage, die bedarfsorientiert schaltet, sei vorhanden. Reizpunkte seien zwei Blitzer-Anlagen, die Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo-30 sowie eine Parkzeitbegrenzung im oberen Abschnitt der Wallbrunnstraße. Das Ermessen der Verwaltung als Straßenverkehrsbehörde sei auf Null reduziert worden. Er wolle eine mündliche Aussage der Verwaltung über den Zeitpunkt der Einführung der Lärmaktionsplanung. Die Richtlinie der EU zum Kooperationsvertrag Lärmaktionsplanung sei indes nicht rechtlich bindend. Hierüber müsse der Gemeinderat entscheiden. Die Lärmbelastung in der Wallbrunnstraße sei außerdem nicht überall gleich. Bei den Berechnungen der EU handle es sich nur um Richtwerte. Eine Senkung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo-30 sei die schlechteste Lösung. Es gebe neben dem Verkehr noch viele andere Lärmquellen.

Stadträtin Cyperrek sagt, dass sich die Fraktion der SPD zunächst aus der Diskussion rausgehalten habe. Die Diskussion sei sehr emotional und unsachlich geführt worden. Dies sei auf ein suboptimales Vorgehen der Verwaltung zurückzuführen. Der neue Beschlussvorschlag sei ein guter Schritt in die Richtung einer Versachlichung der Debatte. Der Gemeinderat müsse darüber informiert werden, wie andere Kommunen mit der Lärmaktionsplanung umgehen. Die Lärmaktionsplanung müsse nun abgewartet werden. Dann müsse man das gesamte Stadtgebiet betrachten und nicht einzelne Straßen. Weitere Änderungen solle man jetzt vorerst nicht mehr durchführen, da dies der Glaubwürdigkeit der Stadt schaden würde. Die öffentlich angekündigte Abschaltung von Blitzern halte sie für kein gutes Signal. Es bestünden keine Sachargumente für die Abschaltung der Blitzer. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage so nicht zustimmen.

Stadtrat Claassen erkennt eine beständige Verkehrsdiskussion in Lörrach. Es gebe Bürgerbeteiligung, Masterpläne und Gutachten. Das Thema sei sehr komplex. Es könne nicht sein, dass man im Rahmen der Lärmaktionsplanung von Beteiligung spreche und dann verkehrsrechtliche Anordnungen der Behörde die Konsequenz seien. Zudem gebe es noch viele andere Möglichkeiten des Lärmschutzes. Allerdings müsse man mit den Maßnahmen maßvoll umgehen. Man erwarte im Rahmen der zweiten Offenlage der Lärmaktionsplanung Lärmmessungen und eine Übersicht des künftigen Gesamtkontextes. Man müsse Entscheidungen mit Augenmaß treffen.

Stadtrat Berg tut kund, dass er die Vorlage für widersprüchlich halte und dankt Fachbereichsleiter Nef für seinen Mut. Fachbereichsleiter Nef hätte in der Diskussion nicht angesprochen werden dürfen. Der neue Beschlussvorschlag könne nicht nachvollzogen werden. Es gehe hier um die Gesundheit der Anwohner. Es sei lächerlich zu glauben, dass man bei Tempo-50 Zeit gewinne. Lärm sei gesundheitsschädigend. Die Umgebungslärmrichtlinie der EU gebe es bereits seit dem Jahr 2002. Zwar biete der Lärmaktionsplan noch weitere Möglichkeiten des Lärmschutzes, jedoch sei in der Wallbrunnstraße nur eine Tempo-30-Geschwindigkeitsbegrenzung geeignet. Das CO₂-Aufkommen in Lörrach liege allein verkehrsbedingt jährlich bei drei Tonnen pro Person. Bis 2050 müsse man den Verkehr ohnehin drastisch senken. Der Schutzstreifen sei für das Sicherheitsempfinden der Radfahrer nicht förderlich. Die Interessengemeinschaft Lebensraum Wallbrunnstraße habe sehr vorbildlich gehandelt. Die Verwaltung hatte lange mit der Interessengemeinschaft nach einer guten Lösung gesucht. Der Beschlussvorschlag berücksichtige diese Gespräche nicht mehr. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Di Prima wolle der Vorlage nicht zustimmen. Die Verwaltung könne sich die Einnahmen durch den Blitzer von 80.000 Euro nicht entgehen lassen. Die Blitzeranlagen sollen bestehen bleiben.

Stadtrat Perinelli bemerkt, dass ein Auto bei 30 km/h im ersten Gang lauter sei als bei 40 km/h im dritten Gang.

Stadtrat Escher wirft ein, dass der CO₂-Ausstoß bei einer Geschwindigkeit von 30 km/h größer sei als bei einem Tempo von 50 km/h.

Der Vorsitzende betont, dass zumindest alle für den Lärmaktionsplan stimmen wollen. Der Beschlussvorschlag resultiere aus der emotional geführten vorangegangenen Diskussion. Im weiteren Verlauf der Lärmaktionsplanung werde man auch Bürger beteiligen.

Im Folgenden melden sich im Ratssaal anwesende Bürgerinnen und Bürger zu Wort. Frau Förster, Frau Fromme, Frau Reichert, Herr Stephan, Herr Mehlin, Frau Joost, Frau Vollquardsen und Frau Pimper nehmen Stellung zu der Diskussion über die Geschwindigkeitsbegrenzung in der Wallbrunnstraße. Durchweg seien alle gegen die Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo-50. Sie seien mitunter langjährige

Anwohner und der Auffassung, dass sich die Wallbrunnstraße seit der Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo-30 sehr zum Wohle der Anwohner entwickelt habe. Für Radfahrer sei die Nutzung des Schutzstreifens teilweise zwar immer noch sehr unangenehm, da viele Autofahrer in der Wallbrunnstraße immer noch mit hohen Geschwindigkeiten passieren würden, allerdings sei der Verkehr generell sicherer geworden und auch der Lärm habe seit der Anordnung der Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo-30 abgenommen. Es gebe momentan keinen Handlungsbedarf. Es gehe um die Sicherheit der Anwohner und der Kinder in der Wallbrunnstraße. Indes entstehe aufgrund der Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo-30 kein Image-Schaden für die Stadt Lörrach. Der Gemeinderat dürfe nicht billigend die verkehrlichen Risiken für die Anwohner in Kauf nehmen.

Stadtrat Schlecht gibt an, dass er in der vergangenen Zeit viele Meldungen und Meinungen vernommen habe. Man dürfe sich jedoch nicht zu sehr auf die Wallbrunnstraße fixieren. Hinsichtlich der Lärmaktionsplanung müsse man die gesamte Stadt in den Blick nehmen. Er sei erschrocken darüber, dass ein Blitzler, der monatliche Einnahmen in Höhe von rund 80.000,00 Euro generiere abgebaut werden solle. Man könne durchaus über die Abschaltung von Blitzern nachdenken, allerdings an anderer Stelle. Das Thema müsse im Rahmen der Lärmaktionsplanung gesamthaft angegangen werden. Er wünsche sich Entscheidungen mit Augenmaß und Vernunft.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich, bei 17 Ja- und 14 Nein-Stimmen den folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob bis zur Verabschiedung und Umsetzung der Maßnahmen des Lärmaktionsplanes der bestehende „Tempo 30“ Streckenabschnitt bis zur Einmündung Scherrbrunnenweg verkürzt und die stationäre Geschwindigkeitsmessanlage bei der Karl-Rolfus-Schule abgeschaltet werden kann.
2. Zudem wird die Verwaltung gebeten abzuklären, ob die an der Nordseite der Wallbrunnstraße zwischen Abschnitt Am Stadtgraben und Scherrbrunnenweg eingerichtete Kurzparkzonenregelung aufgehoben werden kann.

TOP 9

Oberzentrum Lörrach - Weil am Rhein

Teilraum Verwaltungsgemeinschaft Lörrach - Inzlingen

Sachliche Teilflächennutzung "Windkraft" § 2 Abs. 1 i.V.m. § 5 Abs. 2 Ziff. 2b

BauGB; Änderung 2 des Flächennutzungsplanes

Verfahrensbeendigung

Vorlage: 146/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Ergebnisse der Standortprüfung Teilflächennutzungsplan Windkraft, Verwaltungsgemeinschaft Lörrach-Inzlingen, Stadt Weil am Rhein vom 07. Mai 2014 werden zur Kenntnis genommen
2. Das Verfahren zum sachlichen Teilflächennutzungsplan „Windkraft“ nach § 2 Abs. 1 i.V.m. § 5 Abs. 2 Ziff. 2b BauGB für das Plangebiet der Verwaltungsgemeinschaft Lörrach - Inzlingen wird beendet.

TOP 10

Soforthilfe für die Partnerstadt Senigallia - Sachstandsbericht

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Fachbereichsleiter Frick legt anhand von Folien dar, wie sich die Unterstützung der Partnerstadt Senigallia durch die Stadt Lörrach seit der Flutkatastrophe am 3. Mai 2014 gestaltet (Anlage 1). Mit den auf dem Spendenkonto eingegangenen Geldern habe die Stadt Lörrach den Bau eines Spielhauses und die Anschaffung verschiedener Spielgeräte für den Kindergarten finanziert.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, nimmt der Gemeinderat den Bericht zur Kenntnis.

TOP 11

Sachstandsbericht über die Ziele im III. Quartal 2014 Vorlage: 184/2014

Der Vorsitzende führt kurz in die Vorlage ein und erteilt dann den Fraktionen das Wort.

Stadträtin Höfler erkundigt sich nach den Maßnahmen Umgestaltung Verkehrsknoten Aichelepark, Bebauungsplan Quartier Rießgässchen und der Maßnahme Aufbau eines strategischen kommunalen Kulturmanagements einschließlich Controllingstelle im Fachbereich Kultur und Tourismus.

Bürgermeister Dr. Wilke beantwortet die Fragen von Stadträtin Höfler.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt nimmt der Gemeinderat vom Sachstandsbericht Ziele im III. Quartal 2014 Kenntnis.

TOP 12

Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats Vorlage: 109/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Vorlage ein.

Stadtrat Lindemer wolle wissen, ob die Sitzungsdienstsoftware Session auch mit Windows-Systemen kompatibel sei.

Frau Heinze erklärt, dass dies prinzipiell möglich sei.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Stadt Lörrach und seiner Ausschüsse wird gemäß Anlage 2 zugestimmt.

TOP 13

Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuweisungen gemäß § 78 Abs. 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg Vorlage: 205/2014

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. der Vermittlung der dargestellten Zuwendungen wird zugestimmt.

TOP 14

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

keine

TOP 15

Allgemeine Anfragen

Sportanlagen im Grütt

Stadtrat Claassen erkundigt sich nach der Fertigstellung der Sportanlagen im Grütt-Park.

Der Vorsitzende gibt hierauf Antwort.

Einbruchskriminalität

Stadtrat Pichlhöfer wolle wissen, ob für die Stadt Handlungsoptionen hinsichtlich der gestiegenen Zahl von Einbrüchen in Lörrach bestünden.

Der Vorsitzende gibt hierauf Antwort.

Lärmschutz und Krankenhausvorplatz

Stadträtin Cyperrek bittet die Verwaltung darum, dem Regierungspräsidium zu vermitteln, dass die Errichtung von Lärmschutzwänden am Kreisverkehr an den Sternhäusern/Zollfreie Straße von großer Wichtigkeit seien. Ebenso wünsche sie sich nach wie vor Informationen beziehungsweise eine Vorlage zur Gestaltung des Vorplatzes des Kreiskrankenhauses.

Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn

Stadtrat Böhringer wolle wissen, wie weit die Überlegungen der Verwaltung hinsichtlich der Einführung einer 15-Minuten-Taktung der Regio-S-Bahn anstelle der bisherigen 30-Minuten-Taktung vorangeschritten seien. Er wolle auch wissen, ob eine zügige Querung der Bahnlinie durch Autofahrer sichergestellt sei.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass man sich, auch mit der Gemeinde Riehen und hinsichtlich der Querung der Bahnlinie durch Autofahrer, noch in verschiedenen Abstimmungsprozessen befinde.

TOP 16

Fragestunde der Bürger

keine

TOP 17

Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

17.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am Donnerstag, 23. Oktober 2014

17.2

Politikplan 2015 – 2018 der Gemeinde Riehen

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: